

Ruswil: Urnenabstimmung über das Projekt Parkhaus Märtplatz am 15. November 2015

Fragestellung wirft hohe Wellen

Das Abstimmungsergebnis zum Projekt Parkhaus Märtplatz, insbesondere das Ja zu zusätzlichen Parkplätzen im Dorfkern Ost, wirft hohe Wellen. Die beiden Ortsparteien SP und SVP haben beim Regierungsrat eine Stimmrechtsbeschwerde deponiert.

Erwin Ottiger

Das Abstimmungsergebnis über das Projekt Parkhaus Märtplatz wirft nachhaltig hohe Wellen. Insbesondere die Zusatzfrage über den A-fonds-perdu Beitrag der öffentlichen Hand von maximal 1,9 Millionen Franken an zusätzliche Einstellplätze im Dorfkern Ost. Im Vorfeld bejahte nur die CVP eben diese Zusatzfrage. Arithmetisch und parteipolitisch also eine klare Sache: Parkhaus Märtplatz Ja; Zusatzfrage Nein. Das Abstimmungsergebnis am Sonntag, 15. November, zeigte dann aber ein völlig anderes Bild. Mit einem Ja-Stimmenanteil von 56,6 Prozent (1277 Ja, 979 Nein) wurde die Hauptfrage zwar gutgeheissen. Noch deutlicher gutgeheissen, nämlich mit einem Ja-Stimmenanteil von 61,5 Prozent (763 Ja, 478 Nein) wurde die Zusatzfrage zum A-fonds-perdu-Betrag. Wie kam dieses sehr überraschende Resultat zustande? Ein Blick auf den Stimmzettel zeigt unter Hinweis (auch in der Botschaft zu lesen): «Wenn Sie (Stimmbürger) die Hauptfrage mit Nein oder nicht beantworten, gilt dies als Ablehnung des Projektes Parkhaus Märtplatz beziehungsweise als leere Stimme, das heisst eine allfällige Antwort auf die Zusatzfrage wird bei der Auswertung nicht berücksichtigt.» Schrieb nun ein Stimmbürger bei der Hauptfrage Nein auf seinen Stimmzettel, wurde ein Nein oder ein Ja bei der Zusatzfrage für die Auswertung (zusätzliche Parkplätze Dorfkern Ost) nicht berücksichtigt.

Grundsatz über den Haufen geworfen?

Wie am Dienstag bekannt wurde, hat SVP-Kantonsrat Pius Müller bereits am letzten Freitag, 20. November, eine Stimmrechtsbeschwerde beim Regierungsrat deponiert. Die Beschwerde tragen laut Müller über 80 Unterzeichner querbeet aus allen Parteien mit. Die beiden beschwerdeführenden Parteipponenten Markus Horisberger (SP) und Fabian Stadelmann (SVP) prangern das Abstimmungsvorgehen an: «Dies ent-

spricht nicht den gesetzlichen Vorgaben.» Im Stimmrechtsgesetz des Kantons Luzern sei eine Variantenabstimmung klar definiert wie diese durchzuführen sei, betont Markus Horisberger auf unsere Anfrage. Für die SP wie auch für die SVP sei dieses Vorgehen bei der Abstimmung nicht angewandt worden. Nicht nur das, moniert Horisberger: «Es hat mich zutiefst erschreckt, dass es möglich ist, Teile der Bevölkerung bei einer Urnenabstimmung aussen vor zu lassen, wenn man nur den richtigen Satz am richtigen Ort platziert.» Für die SVP «heisst Demokratie, dass alle berechtigten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu allen Abstimmungsfragen Stellung beziehen können. Dieser Grundsatz ist bei dieser Abstimmung über den Haufen geworfen worden.» Laut Stadelmann sei nur mit schwammigen und nicht für alle nachvollziehbaren Erläuterungen darauf hingewiesen worden, dass die Nein-Stimmen zum Hauptprojekt weder ausgezählt noch beim Abstimmungsergebnis berücksichtigt werden. Anders beurteilt dies Walter Moser, Sprecher der CVP. Die Abstimmungsfragen und auch das Auswertungsverfahren seien in der Botschaft klar dargelegt worden. «Dass diese Frage nicht speziell thematisiert wurde, lag sicher daran, dass sich niemand, das heisst insbesondere auch nicht die nun beschwerdeführenden Parteien sich mit allen möglichen Konsequenzen des Abstimmungsverfahrens auseinandergesetzt haben. Ich gehe davon aus, dass Letzteres auch für den Gemeinderat gilt, der Vorwurf einer bewussten Irreführung des Stimmbürgers durch den Gemeinderat ist deshalb in keiner Weise gerechtfertigt.» Laut Walter Moser wäre es vielmehr an den nun beschwerdeführenden Parteien gelegen, die Frage des Verfahrens an den verschiedenen Veranstaltungen speziell zu thematisieren.

Es sei nicht Sache der Parteien, «sondern die Aufgabe des Gemeinderats die Bürger über den Abstimmungsvorgang im Detail zu informieren», betonen SP und SVP. Für beide Parteien wären der offizielle Informationsabend der Gemeinde sowie das Podium «von Los! Ruswil» ideal gewesen für detaillierte Infos. Die FDP Ruswil schreibt in ihrer Stellungnahme, dass sie sich an ihrer Parteiversammlung grossmehrheitlich für das Gesamtprojekt Märtplatz, aber klar gegen die Zusatzoption ausgesprochen hatte. «Die Partei entnimmt dem Abstimmungs-

resultat, dass eine deutliche Mehrheit der Ruswiler Bevölkerung hinter dem Gesamtprojekt Märtplatz steht, welches auch von allen Parteien unterstützt wurde.» Laut FDP-Präsident Thomas Glanzmann «spiegelt das Resultat der Zusatzoption jedoch nicht den Wählerwillen wider. Die Partei ist überzeugt, dass der Gemeinderat bei der Frageformulierung in keiner Weise in schlechter Absicht gehandelt hat.» Die FDP merkt aber kritisch an, dass eine deutlichere Kommunikation des Auszählmechanismus mehr Klarheit über das Abstimmungsverfahren gebracht hätte. «Vermutlich bestand auch innerhalb der Ruswiler Ortsparteien nicht absolute Klarheit über diesen Mechanismus.»

Widersprüchliche Aussagen

Widersprüchliche Aussagen gibt es betreffend den Gesprächen mit den Ortsparteien. Markus Horisberger: «Alle Parteien waren mit der Grundvariante zufrieden. Mit Ausnahme der CVP, diese habe eine Variantenabstimmung gewollt, damit die Bevölkerung auch darüber entscheiden könne.» Fabian Stadelmann: «An diesem Abend wurde auch nie über den Wortlaut der Abstimmungsfrage diskutiert.» Es sei nicht Aufgabe der Parteien, sondern Aufgabe des Gemeinderats, die Bevölkerung und die Parteien über den Abstimmungsvorgang aufzuklären. «Den Trick des Gemeinderates im Kleingedruckten hat die SVP schlichtweg übersehen.» Markus Horisberger: «Ich bin über mich selber wütend, dass ich den Text mit dem Stimmverbot für Nein-Stimmer zum Hauptprojekt nicht bemerkt habe.» Laut Gemeindepräsident Leo Müller «hat der Gemeinderat aber noch nie mit den Parteien die Art und Weise, wie abgestimmt werden soll, so intensiv diskutiert.» Bereits am 19. August sei anlässlich der Vororientierung zur ersten öffentlichen Orientierungsversammlung die Fragestellung mit den Parteien erarbeitet und diskutiert worden. Die Art der Fragestellung «ist an der Orientierungsversammlung am 25. August vorgestellt worden. Weder an der zweiten Orientierungsversammlung vom 3. November (die Botschaft lag vor, Anm. d. Red.) noch am öffentlichen Podium von Los! Ruswil hat es gegenüber dem Gemeinderat kritische Voten oder Rückmeldungen zur Abstimmungsfrage gegeben. Somit musste der Gemeinderat im Vorfeld der Abstimmung zu keiner Zeit davon ausgehen, dass die Fragestellung unklar oder verwirrend war. Umso mehr erstaunt es», so Leo Müller,

«dass nun erst nach der Abstimmung die Abstimmungsfrage kritisiert wird.»

Notfalls eine erneute Abstimmung

Wegen der umstrittenen Behandlung der Zusatzfrage das ganze Abstimmungsergebnis in Frage zu stellen, widerspreche aus Sicht der CVP klar dem Wählerwillen. «Fakt ist, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Ruswil mit 1277 Ja gegen 979 Nein dem Projekt Parkhaus Märtplatz zugestimmt haben. Die 1277 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen ein Parkhaus unter dem Märtplatz. Auch jene 478 Abstimmenden, welche die Hauptfrage mit Ja beantworteten, aber die Zusatzoption ablehnten, wollen dieses Parkhaus und wollen damit ein Zeichen für die künftige Entwicklung des Dorfkerns von Ruswil setzen.» Die Kontroverse um die Auswertung der Zusatzfrage könne deshalb losgelöst von der Hauptfrage behandelt werden. Um die weitere Entwicklung des Dorfkerns nicht weiter zu verzögern, sei alles daran zu setzen, die Frage der Option bis zur Abstimmung über das Parkhausreglement im kommenden Februar zu klären und diese notfalls nochmals zur Abstimmung zu bringen.

Ähnlich tönt es auch von Seiten der FDP. Thomas Glanzmann: «Die FDP Ruswil beantragt dem Gemeinderat, über die Frage nach der Zusatzoption nochmals abstimmen zu lassen, um Klarheit darüber zu erlangen. Sie spricht sich aber gegen eine nochmalige Abstimmung über das Gesamtprojekt aus, da diese Frage eindeutig durch den Souverän beantwortet wurde.»

Wie weiter?

Wie Leo Müller auf Anfrage bestätigt, ist der Gemeinderat in Besitz der beiden Stimmrechtsbeschwerden. «Der Ablauf wird sein, dass der Gemeinderat vom Regierungsrat zu einer Vernehmlassung eingeladen wird. Die Stimmrechtsbeschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.» Der Gemeinderat fahre mit der Erarbeitung des angekündigten Entwurfs eines Parkplatzgebührenreglementes fort und halte am Zeitplan fest. Die Abstimmung sei nach wie vor auf den 28. Februar 2016 geplant. Leo Müller und Gemeinderat Dieter Hodel wiesen darauf hin, dass der Gemeinderat am Mittwoch (gestern) intensiv über die beiden Stimmrechtsbeschwerden und über das weitere Vorgehen diskutieren werde.

Kommentar

Zurück auf Feld 1

Die Urnenabstimmung über das Projekt Parkhaus Märtplatz wird nach wie vor sehr kontrovers diskutiert. Insbesondere der sehr überraschend gutgeheissene A-fonds-perdu-Beitrag der öffentlichen Hand für zusätzliche Einstellplätze im Dorfkern Ost. Verständlich! Dass die Nein-Stimmen zum Hauptprojekt nicht in das Endresultat eingebunden werden, war zwar in der Botschaft und auch auf dem Stimmzettel zu lesen. Nur: Die Konsequenz aus dieser Fragestellung hat vermutlich im Vorfeld des Urnengangs wohl niemand richtig eingeschätzt. Ich schliesse mich da mit ein. Falls dies doch jemandem aufgefallen wäre, hätte es genügend Anlässe dazu gegeben, auf die Problematik aufmerksam zu machen. Das Ja bei der Zusatzfrage überraschte dann am Abstimmungssonntag umso mehr. Es ist legitim und demokratisch, das Ergebnis anhand einer Stimmrechtsbeschwerde beim Regierungsrat anzufechten. Im Nachhinein ist man oft gescheiter. Den Gemeinderat nun

nachträglich alleine für dieses Resultat verantwortlich zu machen ist billig. Und ihm gar zu unterstellen, er habe mit einem «Trickli» die Abstimmung bewusst und wissentlich manipuliert, zielt unter die Gürtellinie. Jetzt noch weiter über Aussagen und Gegenaussagen zu diskutieren ist müssig. Zuviel steht auf dem Spiel. Immerhin hat eine respektable Mehrheit von 56,6 Prozent der Abstimmenden das Projekt Parkhaus Märtplatz gutgeheissen. Dies zeigt, dass eine Mehrheit will, dass im Dorfkern endlich etwas geht. Der Regierungsrat wird die beiden Stimmrechtsbeschwerden der SP und der SVP prüfen und einen Entscheid treffen. In der Pflicht steht auch der Gemeinderat. Er muss sich intensiv über das Abstimmungsergebnis und vor allem über das «wie weiter» Gedanken machen. Zurück auf Feld 1 und eine erneute Abstimmung über den A-fonds-perdu-Betrag würde vermutlich viel zur Beruhigung der Gemüter beitragen.

Erwin Ottiger

Lesermeinungen zur Abstimmung Projekt Parkhaus Märtplatz

Die Abstimmungsergebnisse vom Sonntag, 15. November (Projekt Parkhaus Märtplatz mit Zusatzoption) entsprechen überhaupt nicht dem Willen der Ruswiler Bevölkerung. Wer gegen das Parkhaus gestimmt hat, war sicher oder vielleicht gerade deshalb dagegen, weil ein Zusatzbeitrag von 1,9 Millionen Franken an die Parkplätze im Dorfkern Ost verlangt wurde. Diese Meinungen wurden im Resultat eben nicht berücksichtigt. Es haben 1 277 für das Parkhaus gestimmt und 979 dagegen. Von den 979 Befürwortern haben nur 763 dafür und 478 gegen die 1,9 Millionen Franken gestimmt. Es kann doch nicht sein, dass 763 minus 478, also 285 Stimmen 1,9 Millionen Franken frei geben, wenn die Gemeinde vor sehr grossen Investitionen wie Gemeindehaus und Dreifachhalle steht. Da hört bei mir die Demokratie auf. Es sind mit mir viele liberale Mitbürger enttäuscht von der verfänglichen Abstimmungsvorlage und unterstützen deshalb die Abstimmungsbeschwerde an den Regierungsrat.

An der FDP-Versammlung vom 27. Ok-

tober hat sich die Partei klar gegen die 1,9 Millionen Franken ausgesprochen. Gut wäre noch zu wissen, wie viele Nein-Stimmen total von den Befürwortern und Gegnern des Parkhauses zum 1,9 Millionen Franken-Beitrag eingelegt wurden. Ich rate dem Gemeinderat dringend, die Abstimmung über die 1,9 Millionen Franken zu wiederholen, sonst hat es dann die Parkplatzbewirtschaftungs-Frage Ende Februar 2016, schwer vom Volk angenommen zu werden.

Vom Bürger 1,9 Millionen Franken für die Parkplätze im Ortsteil Ost zu verlangen, finde ich total daneben. Jeder andere Bauträger muss die geforderten Parkplätze selber erstellen und auch selber finanzieren. Der Nutzen für den einzelnen Bürger steht in keinem Verhältnis zu den Kosten. Unterstützung kriegt das Parkhaus mit dem Gratisbaurecht aus meiner Sicht schon genug. Vermutlich will sich der Gemeinderat für seine Angestellten Parkplätze sichern, damit diese dann nahe vom zukünftigen Gemeindehaus parkieren können, obwohl dieses Projekt an dieser Stelle vermutlich nie realisiert wird.

Wenn man bedenkt, dass der Gemeinde-

rat parallel dazu von Luzern bis Bern für den Ortsteil West um Beiträge bettelt, damit der Ortsteil West mit Chrämehus und Gemeindeverwaltung irgendwie finanzierbar wird. Ich fände es sehr schade, wenn alles bisher Erreichte im Sande verlaufen würde. Denn ohne Parkplatzbewirtschaftung in ganz Ruswil bleibt alles so wie es jetzt ist. Das Dorfbild verliert weiter und ein Neustart liegt in weiter Ferne. Ein neuer Dorfteil Ost ist eine gute Sache und sollte mit dem Parkhaus verwirklicht werden.

Ruedi Birrer, Ruswil

Die Deutung des Abstimmungsergebnisses über die Parkhausvorlage durch den Gemeinderat Ruswil stösst weitherum auf Kopfschütteln. Normaler Menschenverstand wird durch juristische Spitzfindigkeiten ausgehebelt. Dazu gibt es auch eine Vorgeschichte. Gegenüber den Medien wurde seitens des Ruswiler Gemeindepräsidenten erklärt, am Parteiengespräch vom 19. August sei darüber diskutiert worden, wie die Vorlage dem Stimmbürger vorgelegt werden soll. Die Parteienvertreter hätten dem Vorgehen zugestimmt.

Erörtert wurde jedoch nur, ob die Abstimmung Tiefgarage in einer Frage oder in einer Hauptfrage Parkhaus Märtplatz plus Zusatzfrage zusätzliche Parkplätze unter dem Ostteil mit einem Gemeindebeitrag von damals noch 2.8 Millionen Franken vorgelegt werden soll. Es gab damals noch keinen Entwurf der Botschaft und es wurde auch nicht über die konkrete Ausgestaltung der Abstimmungsfrage gesprochen. Die Anwesenden sprachen sich fast einstimmig für die Variante mit Zusatzfrage aus. Und dies nachdem ein Teilnehmer des Parteiengesprächs erklärt hatte, dass ohne die Parkplätze unter dem Ostteil der Westteil Gemeindehaus zum Scheitern verurteilt sei. Dies zeigt doch, dass die Parteienvertreter nicht von einer Abstimmungsformulierung und deren Konsequenz ausgegangen sind, wie sie dann dem Stimmbürger unterbreitet wurde.

In der Botschaft sowie auf dem Stimmzettel waren die Abstimmungsfragen und die Erklärung zudem so schleierhaft, dass diejenigen Stimmbürger, welche die Abstimmungsfragen gelesen haben, sie sicher nicht in ihrer Tragweite verstan-

den haben. Der Gemeinderat hätte besser gleich klar in die Botschaft geschrieben, dass die Stimmbürger, welche Nein zur Tiefgarage schreiben, über die Zusatzfrage nicht abstimmen müssen, da ihre Stimme sowieso nicht gültig sei. Fakt ist, dass mit einer Variantenabstimmung mit Stichfrage der Wille der Stimmbürger klar erkennbar gewesen wäre. Dass die ganze Problematik weder am Orientierungsabend noch am Podium zur Sprache kam, zeigt zudem, dass sich dieser Spitzfindigkeit ausser dem Gemeinderat niemand bewusst war.

Der Gemeinderat wäre gut beraten, Grösse zu zeigen und die Abstimmung Parkhaus als ungültig zu erklären, um bei den 979 Bürgern, die sich hintergangen fühlen eventuell wieder etwas Vertrauen zu schaffen.

Ehrlicher Weise hätte in der Botschaft zudem aufgeführt werden müssen, dass die Zufahrtsstrasse hinter dem Feuerwehrlokal erneuert und angepasst werden muss zur Parkhaus Ein- und Ausfahrt und daraus nochmals Kosten von mehreren 100000 Franken entstehen welche vom Steuerzahler bezahlt werden müssen.

Tony Albisser